

An die
Mitglieder des
Ausschusses für Digitalisierung,
digitale Infrastruktur und Medien

Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER nach § 76 Abs. 2 GOLT

Die Fraktion FREIE WÄHLER hat mit Schreiben vom 13. Juni 2022 beantragt, folgenden Punkt gemäß § 76 Abs. 2 GOLT auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen:

„Gefahr für den Glasfaserausbau durch Überförderung“.

Begründung:

Laut einem Bericht der Tageszeitung „Die Welt“ vom 27. Mai 2022 warnen Branchenverbände, dass sich die geplante Gigabitversorgung für Menschen und Unternehmen bis 2030 nicht erreichen lasse. Als Gründe hierfür werden unter anderem zu geringe Baukapazitäten und zu viel Bürokratie genannt. Die Branche befürchtet demnach eine Flut von Anträgen, wenn die Schwelle für eine Förderung - die bislang für Gebiete gilt, in denen die Internetgeschwindigkeit unter 100Mbit pro Sekunde liegt - am Ende des Jahres auf 200Mbit pro Sekunde hochgesetzt wird. Diese Welle von Anträgen könnte zu einer Preissteigerung führen, weil dadurch unter anderem die jetzt schon angespannten Baukapazitäten noch weiterverknappt werden würden. Nur mit einer koordinierten Staffelung der Fördermittel könne dies verhindert werden, heißt es vonseiten der Branchenverbände weiter. Deshalb habe Volker Wissing, Bundesminister für Digitales und Verkehr, laut Medienberichten die Förderung auf eine Milliarde Euro pro Jahr deckeln wollen. Außerdem habe Wissing ursprünglich eine Staffelung der Förderung über mehrere Jahre vorgesehen, um die Kapazitäten zu schonen. Dies sei allerdings bei den Ländern auf Ablehnung gestoßen, die darauf verweisen, dass eine solche Antragswelle durch eine „natürliche Priorisierung“ verhindert werde. Eine solche Priorisierung sei dadurch gegeben, dass die Kommunen wegen begrenzter personeller Kapazitäten die Förderverfahren ohnehin nicht in großer Zahl planen und durchführen könnten.

Die Landesregierung wird um Berichterstattung gebeten, insbesondere dazu, wie es um den Ausbaufortschritt und die -kapazitäten in Rheinland-Pfalz bestellt ist, ob man auch hier mit einer Verknappung und einer damit einhergehenden Verteuerung rechnet (und wie man hier gegebenenfalls gegensteuern will) und wie das Land zur von Wissing vorgeschlagenen Deckelung der Fördermittel steht.